



**Niederschrift**  
- öffentlicher Teil -

über die  
**9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr  
am 13.08.2024**  
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

**Teilnehmer:**

**Mitglieder des Kreistages**

Abg. Claus Aselmann  
Abg. Nils Bassen  
Abg. Henning Cordes

Vertretung für Abgeordneten Klaus Brodersen  
(ab TOP 7)

Abg. Harald Hauschild  
Abg. Marvin Heinrich  
Abg. Stefan Klingbeil  
Abg. Detlef Kück  
Abg. Reinhard Lindenberg  
Abg. Susanne Mrugalla  
Abg. Lars Rosebrock  
Abg. Erika Schmidt

Vertretung für Abgeordneten Patrick Brinkmann  
Vertretung für Abgeordneten Hartmut Wallin

Vertretung für Abgeordneten Bernd Petersen

Vertretung für Abgeordnete Melanie Blank (ab  
TOP 4)

Abg. Dirk-Frederik Stelling  
Abg. Christian Winsemann

**Verwaltung**

Herr Dr. Torsten Lühring (Dez. IV)  
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)  
Frau Meike Düspohl (Amt 80)  
Herr Gerd Hachmöller (Amt 80)  
Frau Tanja Meints (Amt 40)  
Frau Denise Cordes (Amt 40)  
Frau Ulrike Ringen (Amt 36)

**Gäste**

Herr Frank Wiesner (Verkehrsgesellschaft Nordost-Niedersachsen) bis TOP 6  
Herr Shivam-Ortwin Toekhi (Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr) zu TOP 7

## Tagesordnung:

### a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 09.04.2024
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Neustrukturierung der Hauptbuslinien zwischen Bremervörde, Gnarrenburg und dem Landkreis Osterholz  
Vorlage: 2021-26/0742
- 6 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.04.2024: Resolution: Einführung eines Azubi-Deutschlandtickets  
Vorlage: 2021-26/0726
- 7 Vorstellung des Ladeinfrastrukturkonzeptes für den Landkreis und die kreisangehörigen Kommunen  
Vorlage: 2021-26/0723
- 8 Neue Wohnraumförderung des Landkreises  
Vorlage: 2021-26/0732
- 9 Trägerschaft für die Koordinierungsstelle Frauen & Wirtschaft  
Vorlage: 2021-26/0724
- 10 Projekte in der "Moorregion Elbe-Weser"  
Vorlage: 2021-26/0725
- 11 Anfragen

### a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Stellv. Vorsitzender Stelling** eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung, begrüßt den 1. Kreisrat Dr. Lühring, die Mitglieder des Ausschusses, die Gäste, die Verwaltung und die Vertreter der Presse. Er stellt fest, dass der Ausschuss nach ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig ist. Es fehlen noch Abgeordneter Brodersen und Abgeordnete Schmidt als Vertretung für Abg. Blank.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Nachdem eine Frage des **Abg. Klingbeil** zu Anlage 2 unter Top 8 durch Herrn Hachmöller aufgeklärt werden kann, wird die Tagesordnung ohne Änderungen festgestellt.

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 09.04.2024 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

**Herr Dr. Lühring** stellt die neue stellvertretende Leitung des Schul- und Kulturrates, **Frau Denise Cordes** vor. Sie verantwortet die zusammengefassten Bereiche ÖPNV und Schülerbeförderung. **Stellv. Vors. Stelling** heißt Frau Cordes herzlich willkommen.

**Frau von Ostrowski** berichtet zunächst zur Blauzungenerkrankung

Die Blauzungenerkrankung sei mittlerweile (Stand 12.08.) in 12 Schafhaltungen und 7 Rinderbetrieben im Kreisgebiet nachgewiesen. Der bisherige Verlauf der Erkrankung lasse vermuten, dass es noch zu einer Vielzahl an Nachweisen kommen wird.

Das Blauzungenvirus befallt vorwiegend Schafe, Ziegen und Rinder. Gerade bei den Schafen komme es zu einer starken Symptomatik. Die Zahl der Todesfälle sei bei den Schafen im Vergleich zu den vorhergehenden „Blauzungenjahren“ deutlich höher.

Die Übertragung des Virus erfolge durch eine spezielle Stechmückenart.

Die Viruserkrankung sei für den Menschen ungefährlich. Der Umgang mit den Tieren oder der Verzehr von Fleisch oder Milch/Milchprodukten sei unproblematisch.

Schafe, Ziegen und Rinder sollten schnellstmöglich geimpft werden. Der Impfstoff verhindere nicht die Infektion, aber die Infektionen verliefen bei geimpften Tieren deutlich milder als bei nicht geimpften Tieren und die Impfung führe zu einer deutlich reduzierten Sterblichkeit. Wer jetzt impfen möchte, solle sich sehr schnell mit seiner Haustierarztpraxis in Verbindung setzen. Seitens der Niedersächsischen Tierseuchenkasse gebe es eine finanzielle Unterstützung für die Impfung. Erkrankte Tiere seien in jedem Fall behandeln zu lassen.

Anschließend berichtet **Frau von Ostrowski** von Planungen des Landes, die Zuständigkeit für die Überwachung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung erneut zu ändern.

Das Tierarzneimittelrecht sehe seit geraumer Zeit die Überwachung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung und die Aufstellung und Umsetzung entsprechender Antibiotikaminimierungskonzepte vor. Dies diene dem Ziel, den Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung nachhaltig zu reduzieren. Die Zuständigkeit für die entsprechenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben liege seit 01.01.2022 nicht mehr beim Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES), sondern bei den unteren Veterinärbehörden. Dementsprechend werde die Aufgabe seit Anfang 2022 im Veterinäramt des Landkreises Rotenburg (W.) wahrgenommen. Ursächlich für die Aufgabenübertragung auf die Landkreise waren seinerzeit die augenfälligen Synergieeffekte aufgrund des Sachzusammenhangs mit anderen Kontrollaufgaben.

Nunmehr beabsichtige das Land eine Rückübertragung der Zuständigkeit auf das LAVES. Die entsprechende Zuständigkeitsverordnung sei derzeit in der Vorbereitung. Nicht zuletzt aufgrund der beharrlichen Intervention des NLT enthalte der Entwurf der Zuständigkeitsverordnung die Option, dass die Landkreise unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag die Zuständigkeit behalten können. Der zwischen NLT und Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

schutz (ML) abgestimmte Kriterienkatalog sehe folgende Kriterien für die kommunale Aufgabenwahrnehmung vor:

- Mind. 1000 berufs- oder gewerbsmäßige Tierhaltungen von betroffenen Nutzungsarten (gem. Anl. 1 Spalte 2 TAMG, zusammengefasst Rinder/Schweine/Hühner/Puten)
- Aufgabenwahrnehmung durch mind. 2 hauptberuflich beschäftigte Tierärzte mit mind. 60 Wochenstunden (ab 3000 Tierhaltungen 3 Personen mit 90 Wochenstunden)
- Teilnahme am Qualitätszirkel beim ML
- Nutzung der vom LAVES betriebenen Datenbank bzw. Weiterentwicklung des landesweit genutzten Systems „BALVI“.

Das Nds. Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) solle dabei ausdrücklich Anwendung finden. Daher könne die Aufgabe auch in einer der Formen kommunaler Zusammenarbeit gemäß NKomZG wahrgenommen werden und ein entsprechender Antrag gestellt werden. Im Veterinärbereich bestehe bereits eine langjährige kommunale Zusammenarbeit mit den Landkreisen Cuxhaven, Osterholz, Stade und Verden im Rahmen der Zweckvereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Tierseuchen im Krisenfall. In Bezug auf die Antibiotikaminimierung werde eine interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen einer Zweckvereinbarung ebenfalls als sinnvoll angesehen. Mit den gleichfalls interessierten Nachbarlandkreisen Verden, Osterholz und Cuxhaven (Heidekreis) soll Anfang September ein erstes Gespräch geführt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Neustrukturierung der Hauptbuslinien zwischen Bremervörde, Gnarrenburg und dem Landkreis Osterholz**  
**Vorlage: 2021-26/0742**

---

**Dr. Lühring** leitet in den Tagesordnungspunkt ein und macht deutlich, dass Handlungsbedarf bestehe, weil der Landkreis Osterholz Änderungen im Busnetz vornehme.

**Stellv. Vors. Stelling** begrüßt **Herrn Frank Wiesner**, Verkehrsgesellschaft Nordostniedersachsen (VNO), der anhand einer Präsentation (Anlage 1) die Vorlage ausführlich erläutert.

**Abg. Klingbeil** habe verstanden, dass die Linie 630 künftig immer zur Minute 20 fahren solle und wüsste gern die aktuelle Taktung. Herr Wiesner antwortet, dass die Taktung nicht besser würde, aber besser zu merken wäre, weil heute nicht immer zur selben Minute abgefahren würde. Verbesserungen gebe es künftig freitags und samstags für Gnarrenburg.

Eine Nachfrage der **Abg. Mrugalla** zu der neuen Fahrtroute der Linie 630 in Heeslingen beantwortet **Herr Wiesner** ausführlich.

**Abg. Kück** begrüßt die geplanten Linienänderungen ausdrücklich. Als Mitglied auch des Gnarrenburger Gemeinderates sei er sehr froh, dass der neue Knotenpunkt nicht in Wallhöfen, sondern in Gnarrenburg eingerichtet werde. Insbesondere die Möglichkeiten auch am Wochenende erleichterten den Umstieg der Verkehrsteilnehmer vom Pkw auf öffentliche Verkehrsmittel.

Die zusätzlichen Kosten für die Neustrukturierung beziffert **Herr Wiesner** auf Nachfrage auf rund 30.000 Euro für den Landkreis.

Die von **Abg. Winsemann** unabhängig vom Tagesordnungspunkt geäußerte Frage zu den Umstiegsproblemen von Schülern der KGS Tarmstedt, die er der Presse entnommen habe, beantwortet **Frau Meints**. Nach den Ferien sei ein neuer Fahrer im Einsatz gewesen, der hinsichtlich des Anschlussbusses nicht informiert gewesen sei. Das sei nachgeholt worden, so dass dieses Problem künftig nicht mehr auftreten dürfte.

**Abg. Mrugalla** nutzt den Tagesordnungspunkt, um nochmals für die Einrichtung einer Linie von Zeven über Elsdorf nach Scheeßel zu werben. Die Gewerbegebiete in Elsdorf seien nochmals erheblich gewachsen und die dort geschaffenen und weiter entstehenden Arbeitsplätze seien dem Niedriglohnsektor zuzuordnen, so dass die Arbeitnehmer häufig nicht über eigene Kraftfahrzeuge verfügten. Dr. Lühring erwidert, dass das Problem bekannt sei und er es in die nächsten Gespräche mit den Kommunen mitnehme.

### Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der notwendigen Neustrukturierung der Linien 640, 680 und 840 und den damit verbundenen Mehrkosten für den Landkreis Rotenburg (Wümme) wird zugestimmt. Mit dem Landkreis Osterholz wird ein entsprechender Ausgleichsvertrag geschlossen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Fraktion vom 21.04.2024: Resolution: Einführung eines Azubi-Deutschlandtickets**  
**Vorlage: 2021-26/0726**

---

**Abg. Bassen** erläutert ausführlich den Antrag der SPD-Fraktion.

**Abg. Hauschild** erklärt für die CDU-Fraktion, dass die Idee einer Gleichbehandlung von Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden begrüßt werde. Lediglich die Nennung eines konkreten Preises halte man für unglücklich.

Sowohl **Abg. Bassen** als auch **Abg. Klingbeil** können dem grundsätzlich zustimmen.

**Abg. Lindenberg** richtet an die SPD-Fraktion die Frage, ob sie ermittelt habe, welche Kosten dem Landkreis durch ein solches Ticket entstehen würden.

**Abg. Bassen** erwidert, dass es sich lediglich um eine Resolution handele, die darauf abziele, den Kreis der Berechtigten zu erweitern. **Abg. Klingbeil** ergänzt, dass es sich nicht um ein Finanzierungskonzept handele, sondern sich an Bund und Land richte.

**Dr. Lühring** ergänzt, dass die Kosten zunächst Bund und Land träfen, die die Einnahmeverluste der Verkehrsunternehmen ausgleichen. Da das Deutschlandticket politischer Wille sei, aber bisher nicht gesetzlich geregelt, könnten am Ende die Kosten bei den Landkreisen hängen bleiben, wenn Bund und Land ihre Versprechen nicht einhielten. Die vom Landkreis Rotenburg (W.) abgeschlossenen Verträge seien jedoch bestmöglich formuliert, um nicht zusätzliche Kosten tragen zu müssen.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion schlägt **stellv. Vors. Stelling** vor, den genauen Beschlusstext erst im Kreisausschuss zu formulieren, um sich zuvor in den Fraktionen abstimmen zu können. Dieser Vorschlag findet bei der Bündnis90/ GRÜNE/ LINKE-Fraktion keinen Anklang, **Abg. Mrugalla** drängt auf einen Beschlussvorschlag aus dem Fachausschuss.

Da der Vorschlag der CDU-Fraktion der weitergehende Antrag ist, wird zunächst über diesen abgestimmt.

### Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Kreistag begrüßt die Weiterführung des Deutschlandtickets und die Einführung eines reduzierten Studierendentickets als Vereinfachung im Tarifsystem. Doch die langfristige Finanzierung ist bis heute nicht sichergestellt. Der Kreistag fordert eine auskömmliche Finanzplanung für die kommenden Jahre, damit dieses Angebot aufrechterhalten werden kann.

Ergänzend dazu fordert der Kreistag die Bundesregierung auf, ein vergünstigtes Deutschland-Ticket für Studierende, Auszubildende und Freiwilligen-

dienstleistende einzuführen und damit entsprechenden Initiativen der Länder Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland zu folgen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Vorstellung des Ladeinfrastrukturkonzeptes für den Landkreis und die kreisangehörigen Kommunen**  
**Vorlage: 2021-26/0723**

---

**Stellv. Vors. Stelling** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt **Frau Dr. Meike Düspohl** und **Herrn Patrick Monsees** aus dem Amt für Kreisentwicklung sowie **Herrn Shivan Toekhi** von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr.

**Herr Toekhi** stellt anhand einer Präsentation (Anlage 2) die Erarbeitung, das Vorgehen und die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit den Kommunen vor. Er hebt besonders die außerordentlich gute Zusammenarbeit mit den Vertretern der Kommunen hervor.

In der anschließenden Aussprache beantwortet **Herr Toekhi** ausführlich alle Fragen der Abgeordneten.

**Abg. Rosebrock** und **Mrugalla** sorgen sich darum, dass ein schiefes Bild entstehen könne, weil Ladesäulen an der A 1 in Bockel überwiegend von Durchreisenden genutzt würden bzw. im Landkreis viele Fahrzeuge z.B. als Firmenwagen stationiert seien, die nicht im Kreisgebiet zugelassen seien. **Herr Toekhi** betont, dass für die Ladeinfrastruktur an der Autobahn der Straßenbaulastträger verantwortlich sei, aber ein verzerrtes Bild in dem vorgestellten Konzept nicht zu befürchten sei.

Zur Frage des **Abg. Klingbeil**, ob die Daten aus dem Konzept veröffentlicht werden dürften, rät **Herr Toekhi** ab, weil vieles sehr hypothetisch sei. Er rät, stattdessen auf [lemnet.org](http://lemnet.org) zu verweisen. **Herr Dr. Lühring** ergänzt, dass alle Vorlagen zu Sitzungen öffentlich seien und auch die Präsentation mit dem Protokoll veröffentlicht würde. Die aktuell vorhandene Ladesäulen-Infrastruktur sei aber auch über das Geoportal des Landkreises jedem zugänglich.

**Abg. Hauschild** wirft die Frage auf, ob bei 30% vorhandener und noch 70 % fehlender Versorgung bis 2030 auf die Energieversorger zugegangen werden sollte. **Herr Toekhi** erwidert, es sei u.U. sinnvoll, die identifizierten Sahnestückchen mit nicht so attraktiven Standorten zu verknüpfen, um keine weißen Flecken entstehen zu lassen.

**Abg. Klingbeil** vermisst konkrete Vorschläge der Verwaltung, wie nun mit dem Konzept umzugehen sei und welche Schlüsse daraus gezogen werden sollten. Einfach abzuwarten sei aus seiner Sicht keine Option. **Abg. Mrugalla** wünscht sich ebenfalls einen Follow-up-Termin, da das Konzept lediglich den Ist-Zustand beschreibe.

**Herr Toekhi** betont, es gebe keine fertigen Antworten. Die vorgeschlagenen Optionen seien noch ungeprüft und aktuell sei die vorhandene Ladeinfrastruktur bedarfsdeckend.

**Abg. Heinrich** findet, nachdem das Konzept nun vorgestellt sei, könnten die Fraktionen damit arbeiten und eigene Schlüsse ziehen und Maßnahmen ableiten. **Abg. Kück** unterstützt diese Meinung, da auch die Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen informiert seien.

**Dr. Lühring** ergänzt, dass mit dem nun vorliegenden Konzept eine wertvolle Arbeitshilfe vorhanden sei und gemeinsam überlegt werden könne, welche Optionen Sinn machten. Keinesfalls wolle

der Landkreis selbst Ladeinfrastruktur betreiben. Es gebe kommunale Energieversorger, die auf diesem Gebiet aktiv sind und ihr Engagement ausbauen können.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Neue Wohnraumförderung des Landkreises**  
**Vorlage: 2021-26/0732**

---

**Herr Gerd Hachmöller**, Leiter des Amtes für Kreisentwicklung, leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

**Abg. Klingbeil** vergewissert sich, dass selbst 50 Wohnungen ohne Begrenzung nach der neuen Förderrichtlinie gebaut werden dürften. **Herr Hachmöller** betont, dass jedoch in einem solchen Fall die Landesförderung für den Bauherrn günstiger wäre. Auf erneute Nachfrage nach Höchstgrenzen gibt **Herr Hachmöller** an, dass dies die jährlich im Haushalt veranschlagten Mittel seien.

**Abg. Schmidt** berichtet, sie kenne viele Haushalte, für die Wohnungen mit 55 oder 66 qm zu klein seien. Sie kenne Familien, die günstigen Wohnraum benötigten, aber auch eine solche größere Wohnung nicht fänden.

**Abg. Hauschild** betont, es sei erklärter Wille gewesen, speziell kleine Wohnungen zu fördern.

**Abg. Cordes** ergänzt, es würden größere Wohnungen frei, wenn Single- oder Zwei-Personen-Haushalte in neue kleine Wohnungen umzögen.

**Abg. Mrugalla** zeigt sich überzeugt, dass nicht nur kleiner, sondern allgemein bezahlbarer Wohnraum fehle.

**Abg. Klingbeil** betont, dass er nicht mit **Abg. Hauschild** übereinstimme. Sein Ziel sei es, kommunale Wohnungen zu schaffen. Auch dass die geförderten Wohnungen nach zehn Jahren in Unternehmerhand gelangen können, missfalle ihm.

**Abg. Kück** empfindet rückblickend die Landesförderung als gelungen und die vorgeschlagene Landkreisförderung als perfekte Ergänzung dazu.

**Abg. Schmidt** bittet die Verwaltung festzustellen, ob auch größere Wohnungen fehlten. Die Antwort wird zum kommenden Kreisausschuss zugesichert.

**Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

Die Neufassung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Schaffung kleiner bezahlbarer Wohnungen im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird in der vorliegenden Form beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	2

Punkt 9 der Tagesordnung: **Trägerschaft für die Koordinierungsstelle Frauen & Wirtschaft**  
**Vorlage: 2021-26/0724**

---

**Dr. Lühring** erläutert die Vorlage.

Die **Abg. Schmidt, Mrugalla, Hauschild** und **Klingbeil** haben unterschiedliche Kenntnisse über die Aktivitäten und Erfolge der Koordinierungsstelle.

**Stellv. Vors. Stelling** möchte nicht öffentlich über Personen sprechen, die nicht anwesend sind.

**Abg. Klingbeil** wünscht sich in einer der nächsten Ausschusssitzungen eine Vorstellung der Arbeit durch die Mitarbeiterinnen, in der Zahlen, Daten und Fakten über die Tätigkeiten genannt werden. Der Ausschuss stimmt dem zu.

### **Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

Der Landkreis übernimmt die Projektträgerschaft für die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft ab 01. 01. 2025.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1

Punkt 10 der Tagesordnung: **Projekte in der "Moorregion Elbe-Weser"**  
**Vorlage: 2021-26/0725**

---

**Dr. Lühring** erläutert die Vorlage.  
Fragen oder Anmerkungen zu den Projekten gibt es nicht.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:

Punkt 11 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

**Frau von Ostrowski** beantwortet die vorab schriftlich gestellten Fragen des **Abg. Stelling** wie folgt:

1. Wie ist der Sachstand des Verfahrens bzw. wann ist mit einer Veröffentlichung des Planfeststellungsbeschlusses zu rechnen?

Der Planfeststellungsbeschluss vom 29.07.2024 ist derzeit im Rathaus der Stadt Bremervörde öffentlich ausgelegt. Der Beschluss ist ebenso den Beteiligten zugestellt worden bzw. befindet sich derzeit in Zustellung.

2. Liegen dem Landkreis Informationen vor, wann der Vorhabenträger mit der Maßnahme beginnen wird?

Laut den Aussagen des Vorhabenträgers, der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Stade, wird die Zeitplanung wie folgt aussehen:

- im Winter 2024 zu 2025 wird das Baufeld geräumt, d.h. die Bäume werden gerodet und die Flächen für die Baustelleneinrichtung rudimentär vorbereitet.
- im Sommer 2025 wird begonnen, den Damm zum neuen Brückenbauwerk zu errichten. Hierbei handelt es sich im ersten Schritt um einen Vorbelastungsdamm (Sandaufschüttung), der rund 6 Monate liegt, um den Untergrund zu verdichten.
- Ende 2025 werden die ersten Bauarbeiten an der neuen Brücke begonnen, d.h. Vorbereitungen für die Errichtung des Widerlagers und der Stützen werden durchgeführt (z.B. Spundwände werden gesetzt, Pfähle werden eingebracht).

3. Bleibt es dabei, dass die Bestandsbrücke erst abgerissen wird, sobald der Neubau fertiggestellt wurde?

Ja, der Neubau wird zunächst fertig gestellt und für den Verkehr freigegeben.

4. Welche Einwendungen wurden im Laufe des Verfahrens eingereicht und inwieweit wurden diese berücksichtigt? Wurde eine entsprechende Gegenüberstellung erstellt, die der Landkreis veröffentlichen wird?

Die eingereichten Stellungnahmen, Hinweise, Anregungen und Forderungen sind vom Inhalt sehr unterschiedlich. Die Stellungnahmen wurden zunächst von dem Vorhabenträger gesichtet, sodann bezog dieser Stellung dazu. Im Planfeststellungsbeschluss wurden die Stellungnahmen anschließend gewürdigt und seitens des Landkreises ist über die eingereichten Stellungnahmen entschieden worden.

5. Ist besonders die Stellungnahme des Vorhabenträgers zur Petition bezüglich des Erhalts der Brückenpfeiler im Planfeststellungsbeschluss berücksichtigt bzw. kommentiert worden?

Die Stellungnahme wurde insoweit berücksichtigt, die Möglichkeit ist im Entschluss enthalten. Die alten Bauwerkspfeiler sind für den Bund entbehrlich und könnten im Einvernehmen vom Bund übernommen werden. Dabei wäre auch die Baulast zu übernehmen, eine Kostenbeteiligung des Bundes aus eingesparten Abbruchmitteln scheint jedoch nicht möglich.

6. Hat diese Planung Einfluss auf das Ansinnen des NLWKN zum Abriss des Oste-Wehres in unmittelbarer Nähe der Brücke?

Beide Maßnahmen sind getrennt voneinander zu betrachten. Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz hat in dem Verfahren keine Einwendungen in Bezug auf das Oste-Wehr mitgeteilt.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 16:57 Uhr.

*gez. Stelling*  
stellv. Vorsitzender

*gez. Dr. Lühring*  
Erster Kreisrat

*gez. Ringen*  
Protokollführerin